

RATSREPORT SPD-FRAKTION



15.12.2015



UNSERE THEMEN

- Wiedereinführung des Vorkaufsrecht ([Seite 3](#))
- Machbarkeitsstudie: Neue Fußgänger- und Radfahrbrücke ([Seite 4](#))
- Kein Verkauf der Bundesanteile am Flughafen ([Seite 5](#))
- Flüchtlingsunterbringung ([Seite 6](#))
- BIWAQ für Langzeitarbeitslose in Mülheim ([Seite 7](#))
- Gegen die Erhöhung der Gewerbesteuer ([Seite 8](#))
- Mit der AWB für ein sauberes Köln ([Seite 8](#))
- Weitere Fördermittel für die Lebenswerten Veedel ([Seite 9](#))
- Schulbauten - Ausbau und Modernisierung ([Seite 10](#))
- Kooperation der Stadt und Technischen Hochschule ([Seite 11](#))
- Gute Nachrichten für unsere Schulen ([Seite 11](#))
- Denkmal zu den Anschlägen der NSU ([Seite 12](#))
- Planungssicherheit der freien Träger ([Seite 13](#))
- Verkaufsoffener Sonntag ([Seite 13](#))
- Kalkberg: Wie geht es nach der Sicherung weiter? ([Seite 14](#))
- Nachbesetzung des Beigeordneten für Soziales ([Seite 15](#))

Wiedereinführung des baurechtlichen Vorkaufsrechts beschlossen

Auf Initiative der SPD-Fraktion hat der Rat in seiner heutigen Sitzung die Wiedereinführung des allgemeinen kommunalen Vorkaufsrechts nach dem Baugesetzbuch auf den Weg gebracht.

Die Verwaltung ist beauftragt worden, die personellen und organisatorischen Voraussetzungen für die Wiedereinführung des allgemeinen kommunalen Vorkaufsrechts für den Kauf von Grundstücken nach § 24 BauGB zu schaffen. Der seit dem 01.01.1995 bereits jahrzehntelang geltende Verzicht soll zeitnah widerrufen werden. Die notwendigen personellen Ressourcen, Prozesse und organisatorischen Veränderungen sind dem Liegenschaftsausschuss und dem Stadtentwicklungsausschuss in den Januarsitzungen 2016 darzustellen.

Grund für die Wiedereinführung ist die Prognose, dass Köln auch in den nächsten Jahren weiter wachsen wird. Der damit einhergehende wachsende Flächenbedarf erfordert eine Neubewertung des Verzichts auf das allgemeine kommunale Vorkaufsrecht. Dazu Rafael Struwe, liegenschaftspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion: „Wir sind der Meinung, dass die Ausübung des Vorkaufsrechts einen Beitrag dazu leisten kann, dringend benötigte Grundstücke für öffentliche Zwecke zu sichern. Wir brauchen insbesondere Flächen für Schulen, Kindertagesstätten und Flüchtlingsunterkünfte. Ebenso wollen wir für bestimmte Gebiete Kölns soziale Erhaltungssatzungen - die so genannten Milieuschutzsatzungen - erlassen. Insbesondere hier gilt es, spekulative Grundstücksverkäufe zu verhindern. Zu einer sozialen Wohnungspolitik kann ein kommunales Vorkaufsrecht einen wertvollen Beitrag leisten. Interessant ist dabei auch, dass es auch zugunsten eines Dritten (auch z.B. kommunale Verkehrs-, Versorgungs- und Entsorgungsunternehmen, kommunale Wohnungsbauunternehmen) ausgeübt werden kann.“

Zur Wiedereinführung des Vorkaufsrechts sind organisatorische Vorkehrungen zu treffen, da das Vorkaufsrecht binnen zwei Monaten nach Mitteilung des Kaufvertrags durch Verwaltungsakt gegenüber dem Verkäufer ausgeübt werden muss, um Prozesse nicht zu verlangsamen. Diese Auswirkungen sind im Rahmen eines Erfahrungsberichts darzulegen, den die Verwaltung ein Jahr nach Widerruf des Verzichts vorlegen soll.

<https://ratsinformation.stadt-koeln>





SPD-Fraktion für neue Fußgänger- und Radfahrbrücke

Machbarkeitsstudie für Rheinbrücke im Norden beauftragt

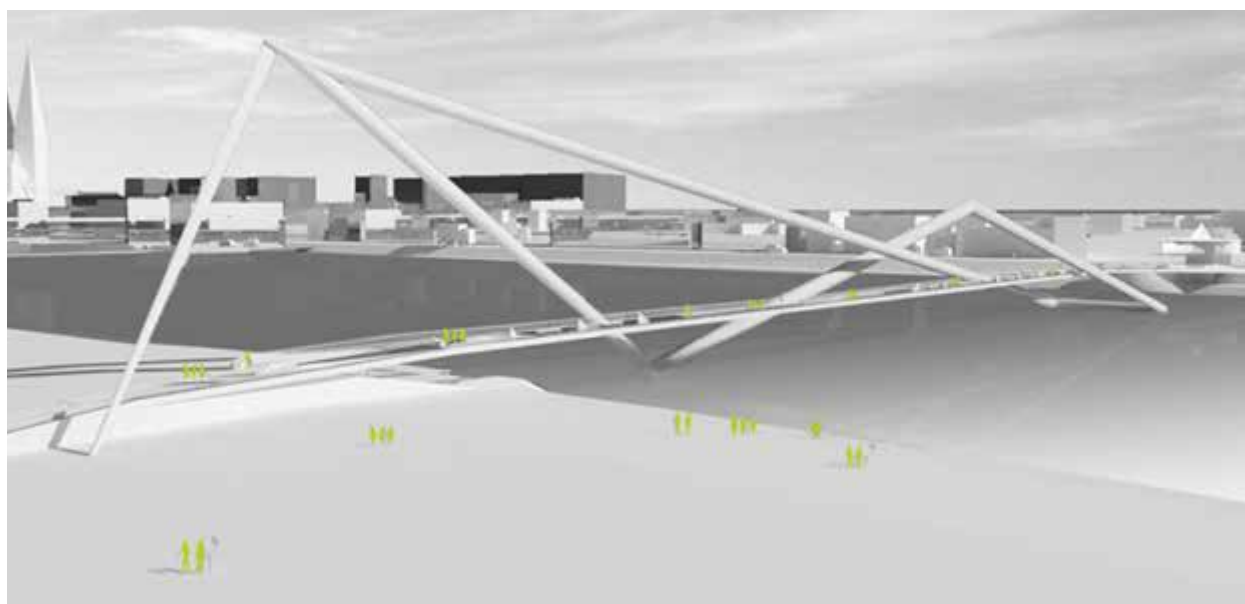
In seiner heutigen Sitzung hat Rat der Stadt Köln auf Initiative der SPD-Ratsfraktion die Machbarkeitsstudie für eine neue Fußgänger- und Radfahrbrücke zur Verlängerung der Ringe zwischen Bastei und Rheinpark in Auftrag geben.

Für Susana dos Santos-Herrmann, verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, selbstverständlich: „Wir stehen zu unserem Versprechen! Deshalb lassen wir nun untersuchen, ob und unter welchen Voraussetzungen eine moderne leistungsfähige und barrierefreie Brücke für Fußgänger und Radfahrer entstehen kann. Gerade mit Blick auf unser Ziel einer fußgänger- und fahrradfreundlichen Stadt, ist diese Brücke von besonderer Bedeutung.“

Martin Börschel, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion, sieht in der Beauftragung der Machbarkeitsstudie zudem einen wichtigen Schritt in der Verfolgung der Ziele des Masterplans Innenstadt: „Bereits Albert Speer hat in seinem Masterplan eine neue Brücke zur Sicherung der Fußwegeverbindungen vorgesehen. Nachdem in diesem Jahr dann eine junge Architektin seine Idee mit einem beeindruckenden Entwurf für eine filigrane Hängebrücke aufgegriffen hat, die nicht nur als Verkehrsfläche dient, sondern auch zum Verweilen und Genießen einlädt, möchten wir das Projekt nun weiter vorantreiben. Dabei sollten wir natürlich auch die Auswirkungen und mögliche Synergieeffekte benachbarter Bauvorhaben, wie die Aufwertung des linken Rheinufer und die Umgestaltung des Theodor-Heuss-Rings im Blick haben.“

Bereits im Rahmen der Verabschiedung des städtischen Haushaltes für 2015 hatte die SPD-Fraktion Wert darauf gelegt, die entsprechenden Finanzmittel für eine Machbarkeitsstudie im Haushalt bereit zu stellen.

🔗 <https://ratsinformation.stadt-koeln>.



Quelle: Christina Codjambopoulo

Kein Verkauf der Bundesanteile am Flughafen

Mit breiter Mehrheit hat der Rat der Stadt Köln in seiner heutigen Sitzung eine Resolution gegen den Verkauf der Anteile des Bundes am Flughafen Köln/Bonn verabschiedet. Den Anstoß für die Resolution hatte die SPD-Fraktion gegeben, nachdem aktuell Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Bundesregierung erneut bestrebt ist, ihre Anteile zu veräußern.

Martin Börschel, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion, fordert nachdrücklich: „Wir müssen die starke Eigentümerschaft in öffentlicher Hand schützen! Sie ist der Garant für die Daseinsvorsorge in Form der Verkehrsinfrastruktur, die Einhaltung von Lärm- und Umweltschutzvorgaben sowie sozialer Standards. Gewinnmaximierung darf keinesfalls zur Handlungsmaxime privater Eigner werden.“

Der Flughafen Köln/Bonn ist ein wesentlicher Teil der Verkehrsinfrastruktur und ein großer Wirtschaftsfaktor für Köln und die Region. Neben dem Bund halten außerdem das Land NRW, die Stadt Köln, die Stadtwerke Bonn, der Rheinisch-Bergische Kreis sowie der Rhein-Sieg-Kreis Anteile am Flughafen Köln/Bonn.

🔗 <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/>



Quelle: Flughafen Köln/Bonn GmbH



Flüchtlingsunterbringung: Rat beschließt weitere 7 Millionen Euro

Bereits im Juni 2014 hatte die Stadt Köln mit Zustimmung des Rates das Bonotel in Marienburg ersteigert. Das Gebäude sollte zügig zur Unterbringung von bis zu 180 Flüchtlingen hergerichtet werden. Immer wieder kam es bei der Realisierung zu Problemen und damit zu zeitlichen Verzögerungen. Als größte Hürde stellten sich dabei die Anforderungen an den Brandschutz heraus, obwohl das Gebäude zuvor als Hotel ebenfalls als Herberge diente. Nunmehr ist der Weg frei. Mit der Belegung kann voraussichtlich im März 2016 begonnen werden.

Eine weitere Unterkunft soll im Februar 2016 für bis zu 330 Menschen auf dem Grundstück in der Eygelshovener Str./ Sürther Str. in Köln Rodenkirchen entstehen. Hierbei handelt es sich um Containerbauten, die für 5 Jahre verwendet werden sollen.

Eine dritte Flüchtlingsunterbringung wird in Containerbauweise in der Berrenrather Str. in Köln – Sülz realisiert. Die Anmietung des dafür vorgesehenen Grundstücks erfolgt vorerst für 2 Jahre. Eine Belegung der Unterkunft mit bis zu 80 Personen kann dann voraussichtlich ab Anfang 2016 erfolgen.

Die vierte Unterkunft für Flüchtlinge entsteht in dem ehemaligen Verwaltungsgebäude Blaubach 9, Altstadt-Süd. Die Planungen für eine Unterbringung von ca. 80 – 90 Personen starten jetzt, so dass der Umbau im Frühjahr 2016 beginnen kann. Mit einer Belegung kann Ende des Jahres gerechnet werden.

Insgesamt werden für die vier Maßnahmen rund 7 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

🔗 <https://ratsinformation.stadt-koeln>.

🔗 <https://ratsinformation.stadt-koeln>.

🔗 <https://ratsinformation.stadt-koeln>.

🔗 <https://ratsinformation.stadt-koeln>.





BIWAQ für Langzeitarbeitslose in Mülheim

Die SPD-Fraktion hat heute im Rat erfreut zur Kenntnis genommen, dass das Projekt „BIWAQ Köln Mülheim“ erfolgreich beantragt worden ist. Das Projekt wird durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und den Europäischen Sozialfond (ESF) gefördert. Die Verwaltung ist daher beauftragt worden, das Projekt bis zum 31.12.2018 umzusetzen.

Zielsetzung des Projektes „BIWAQ Köln Mülheim“ ist es, Langzeitarbeitslose nachhaltig zu integrieren. Dies soll durch eine Kombination von Beratungs- und Begleitungs-, Grundbildungs- und Qualifizierungsangeboten erfolgen. Die Leitung des Projektes und die Durchführung der Qualifizierungsangebote werden durch die Volkshochschule der Stadt Köln übernommen. Die Beratungs- und Begleitungsangebote und die Grundbildungsformate werden durch die Lernende Region – Netzwerk Köln e.V. (LRNK e.V.) vorgehalten. Die LRNK e.V. hat bereits im Rahmen des Strukturförderprogramms MÜLHEIM 2020 sehr erfolgreiche Bildungsprojekte durchgeführt.

In der Projektlaufzeit sollen insgesamt 336 Teilnehmende über 26 Jahre mit den Grundbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen erreicht werden. Der geplante hohe Anteil an Teilnehmenden (240) mit Migrationshintergrund spiegelt die Bevölkerungsstruktur des Projektgebietes wieder. Dabei sollen insbesondere auch zugezogene Menschen aus Bulgarien und Rumänien erreicht werden.

„Das Projekt findet im ehemaligen Programmgebiet von ‚Mülheim 2020‘, also in den Stadtteilen Mülheim, Buchforst und Buchheim statt. Dies ist sehr zu begrüßen und wir auf diesem erfolgreichen Programm weitere Maßnahmen aufbauen. Bereits im Jahr 2014 hatten wir beschlossen, 18 Projekte aus Mülheim 2020 bis Dezember 2016 zur nachhaltigen Sicherung der erreichten Erfolge mit städtischen Mitteln fortzuführen. Dass nunmehr die EU und der Bund Mittel in Höhe von bis zu ca. 1,2 Mio. € für BIWAQ zur Verfügung stellen, ist eine richtige Konsequenz zur Weiterentwicklung des Gebietes“, stellt Michael Frenzel, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion und örtliches Ratsmitglied für den Wahlkreis Mülheim II fest.

Ergänzend zu den Fördermitteln wird die Stadt Köln bis 2018 einen Eigenanteil in Höhe von ca. 86.000 € aufbringen. Der Eigenanteil des Kooperationspartners LRNK e.V. beläuft sich auf ca. 82.000 €.

🔗 <https://ratsinformation.stadt-koeln>.





SPD-Fraktion gegen Erhöhung der Gewerbesteuer

Die SPD-Ratsfraktion hat sich in der heutigen Sitzung des Rates der Stadt Köln gegen eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes zur Haushaltskonsolidierung ausgesprochen und einen entsprechenden Antrag auf Erhöhung des Hebesatzes um 25 Punkte abgelehnt.

Jörg van Geffen, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, ist überzeugt: „Die Höhe des Hebesatzes der Gewerbesteuer ist ein ganz entscheidendes Standortkriterium für die Unternehmen unserer Stadt und solche, die Ansiedlungsabsichten haben. „Wir werden die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaftsmetropole auf keinen Fall vorschnell der Haushaltskonsolidierung opfern.“

Martin Börschel, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion und finanzpolitischer Sprecher, ergänzt: „Natürlich ist die Gewerbesteuer die bedeutendste Einnahmequelle der Stadt. Ich halte es aber für unerlässlich, die Diskussion über Ziele und Prioritäten anstelle von Steuererhöhungen wieder aufzugreifen. Nur so können wir unsere Stadt gestalten und gleichzeitig das Haushaltsdefizit verringern.“

🔗 <https://ratsinformation.stadt-koeln>.

Mit der AWB für ein sauberes Köln

Die Abfallwirtschaftsbetriebe Köln sollen auch künftig Partner der Stadt für mehr Sauberkeit in Köln sein. Dazu hat der Rat der Stadt Köln die Verwaltung in seiner heutigen Sitzung beauftragt, mit der AWB die Verhandlungen für eine Vertragsverlängerung ab 2018 bis mindestens 2030 aufzunehmen.

Polina Frebel, abfallwirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, freut sich: „Mit der AWB haben wir einen starken und leistungsfähigen Partner an unserer Seite. Wir möchten die gute Zusammenarbeit fortsetzen und außerdem weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Sauberkeit in Köln ergreifen.“

Bereits seit dem 01.01.2001 ist die AWB mit der Abfallentsorgung, Straßenreinigung und den technischen Diensten der Stadt Köln beauftragt. Über ihre Gesellschafterstellung hat die Stadt Köln umfassenden Einfluss auf die AWB. Rund 1.700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind dort mittlerweile für ein sauberes Stadtbild im Einsatz.

🔗 <https://ratsinformation.stadt-koeln>.



Quelle: AWB Köln



Weitere Fördermittel für die Lebenswerten Veedel

Mehr Kunstrasenplätze und Erhalt der Halle Kalk

Derzeit berät die Politik ein Handlungskonzept unter dem Titel „Starke Veedel – Starkes Köln“ zur Beantragung von Fördermitteln bei EU, Bund und Land für umfangreiche Maßnahmen für die elf Kölner „Lebenswerten Veedel“. Dieses Konzept verfolgt einen für die SPD zentralen Ansatz: die Entwicklung von Quartieren aus den Quartieren heraus. Eine Weiterentwicklung der Lebenswerten Veedel hat auch ein heute im Rat abgestimmter Beschluss zum Ziel. Er bestätigt politisch eine bereits vorsorglich von der Verwaltung vorgenommene Beantragung von Bundesfördermitteln.

Zum einen sollen hiermit drei Tennenplätze in und für die Sozialräume Meschenich (Zaunhofstraße), Bocklemünd (Bezirkssportanlage) und Humboldt-Gremberg (Rolshover Str.) in Kunstrasenplätze umgewandelt werden. Hierdurch können die Nutzungsmöglichkeiten der Plätze erheblich erweitert werden, denn die aktuell mögliche Nutzung entspricht schon lange nicht mehr dem Bedarf. So wird nicht nur das Vereinsportangebot gestärkt, sondern es können auch weitere integrative Angebote, beispielsweise für Flüchtlingskinder geschaffen werden. Zudem ist eine intensivere Nutzung durch die umliegenden Schulen, KiTas und auch Jugendeinrichtungen möglich. Peter Kron, sportpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion unterstützt die Beantragung der Fördermittel: „Wir haben mit diesem Förderprogramm erstmalig die Chance Fördermittel für Kunstrasenplätze zu bekommen. Diese sollten wir unbedingt nutzen. Die integrative Wirkung des Sports bekommt durch die angemeldeten Projekte gerade in Quartieren, in denen viele Jugendliche unterschiedlicher Nationalitäten miteinander leben, neue Entfaltungsmöglichkeiten.“

Zugleich soll mit den beantragten Fördermitteln des Bundes auch die dringend erforderliche Erhaltung der denkmalgeschützten Hallen Kalk (Hallen 75, 76, 77) gesichert werden. Das ist der erste Schritt für das wichtige Projekt „Quartier im Aufbruch - Die Hallen Kalk als Ankerpunkt für soziale Integration und Kultur in KalkSüd“. Die Kosten der baulichen Sicherung der Hallen werden mit rund 10 Mio. Euro beziffert. Davon übernimmt der Bund rund 4,5 Mio. Euro. Die Chance, die sich aus dem Projekt für den Standort ergibt, einhergehend mit der Entlastung des Haushalts durch die Förderung des Bundes, ist es wert, genutzt zu werden. „Die Verwaltung ist dann gefordert in Abstimmung mit der Politik, den Beteiligten vor Ort und dem Bund einen Vorschlag zur konkreten Nutzung der Hallen zu entwickeln, die nicht nur dem Förderzweck, sondern insbesondere den Bedürfnissen der Menschen im Quartier entspricht“, so der kulturpolitische Sprecher Prof. Klaus Schäfer. „Die Hallen Kalk sind es wert erhalten zu werden und können zukünftig einen wichtigen Beitrag zur bürgerschaftlichen, kulturellen, städtebaulichen und sozial-integrativen Entwicklung des Veedels leisten.“

<https://ratsinformation.stadt-koeln>.



Quelle: Marco Pagano



Schulbauten

Ausbau und Modernisierung schreiten voran

Auch in dieser Ratssitzung haben wir wieder Schulbaumaßnahmen bzw. deren Planung beschlossen, um unsere Schulinfrastruktur auszubauen. Zum einen wird die Planung für einen Erweiterungsbau für das Gymnasium Kreuzgasse an der Inneren Kanalstraße aufgenommen. In dem Anbau sollen weitere Klassen- und Fachräume entstehen, aber auch Räume für inklusiven Unterricht und Differenzierungsflächen. Auf dem Gelände des Gymnasiums soll zudem eine Sporthalle für das nahegelegene Berufskolleg Ehrenfeld gebaut werden. In diesem Neubau werden dann auch gleichzeitig die dringend erforderlichen Umkleide- und Duschräume für die Bezirkssportanlage Innenstadt untergebracht.

In Porz-Gremberghoven bekommt die Friedrich-List-Grundschule ein neues Gebäude. Nachdem ein Wirtschaftlichkeitsvergleich gezeigt hatte, dass der Neubau kostengünstiger als eine Generalinstandsetzung ist, wurde heute der entsprechende Baubeschluss gefasst. Insgesamt werden für den Neubau mit einer Einfachsporthalle knapp 14 Mio Euro an diesem Standort investiert. In dem künftigen Gebäude können Schüler wie Lehrer neue Lehr- und Lernformen einsetzen, da in einer sogenannten Cluster-Bauweise gebaut wird. Das bedeutet, dass es offene Lernlandschaften mit Klassenräumen, Räume für Stillarbeit, Bewegungsflächen, Gruppenräume etc. geben wird.

„Die steigenden Schülerzahlen in Köln erfordern erhebliche bauliche Investitionen. Wir müssen hier schnell und rechtzeitig sein, um mit dem wachsenden Bedarf Schritt zu halten. Daneben gilt es aber auch, wie in Porz, bestehenden Schulen instand zu setzen, um das Angebot zu erhalten und zu modernisieren.“, so Franz Philippi, schulpolitischer Sprecher

🔗 <https://ratsinformation.stadt-koeln.>

🔗 <https://ratsinformation.stadt-koeln.>



Quelle: SPD Porz



Kooperation der Stadt mit der Technischen Hochschule

Chance zur Gewinnung technischen Personals

Der Rat der Stadt Köln hat heute Mittel für die Finanzierung von wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräften an der TH in Höhe von rund 23.000 Euro bereitgestellt. Ziel ist die Erarbeitung eines Kooperationsmodells zwischen den beiden Institutionen, um das seit geraumer Zeit bestehende Personalproblem bei der Gebäudewirtschaft anzupacken. Beide Seiten hätten durch eine Kooperation wesentliche Vorteile: die Gebäudewirtschaft könnte den Studenten der TH beispielsweise Praktikumsplätze oder auch Themen für Bachelor- und Masterarbeiten anbieten, wodurch die Studenten sehr frühzeitig ihre Kenntnisse in der Praxis anwenden könnten. Auf der anderen Seite würden die Studenten schon sehr früh die Gebäudewirtschaft als potentiellen Arbeitgeber kennen lernen.

Mit der Kooperation kommt die Gebäudewirtschaft einer bereits mehrfach geäußerten Forderung der SPD nach, neue Wege bei der Personalakquise zu beschreiten. Inge Halberstadt-Kausch, baupolitische Sprecherin der SPD-Fraktion ist mit dem Beschluss sehr zufrieden: „In Zeiten der wachsenden Stadt können wir es uns nicht leisten, dass unser Baudienstleister nicht ausreichend mit gutem Personal ausgestattet ist. Gerade im Bereich Schulbau sind die anstehenden Aufgaben zahlreich und komplex. Die Kooperation mit der TH kann uns dabei helfen, die Stadt Köln unter den Studenten als Arbeitgeber bekannt zu machen.“

🔗 <https://ratsinformation.stadt-koeln>.

Weitere gute Nachrichten für unsere Schulen

Der Rat hat der Einführung des gebundenen Ganztags in der Sekundarstufe I in städtischen Humboldt-Gymnasium zugestimmt. Damit folgt der allgemeine Zweig des Gymnasiums seinem Musikzweig, der bereits seit längerem im gebundenen Ganztags stattfindet.

Die SPD-Fraktion freut sich zudem sehr, dass der Rat der GGS Annastraße in Raderberg den Titel „Kölner Europäische Grundschule“ verliehen und sie damit in den Verbund Kölner Europäischer Grundschulen aufgenommen hat. Insgesamt gehören dem Verbund mittlerweile vierzehn Kölner Grundschulen an. Die Grundschule Annastraße hat bereits vor einigen Jahren einen bilingualen Zweig Deutsch und Englisch gestartet und bietet zudem herkunftssprachlichen Unterricht in Türkisch an. Die Förderung von Vielfalt und Verbesserung der Verständigung gehört an dieser Schule zum Programm. Der Titel soll der Schule Ende Januar im Rahmen des Kölner Sprachenfestes verliehen werden.



Quelle: Flickr/ajari

🔗 <https://ratsinformation.stadt-koeln>.

🔗 <https://ratsinformation.stadt-koeln>.



Denkmal zu den Anschlägen des NSU

in der Keupstraße und der Probsteigasse

Der Rat hat die Verwaltung mit den Stimmen der SPD-Fraktion beauftragt einen künstlerischen Wettbewerb für die Errichtung eines Denkmals zu den Anschlägen des NSU durchzuführen. Sobald die Werkstattgespräche mit den Künstlerinnen und Künstlern erfolgreich abgeschlossen sind, wird der Rat im Benehmen mit den Beteiligten dann auch über den endgültigen Standort für das Denkmal entscheiden.

Die SPD begrüßt ausdrücklich, dass Köln mit dem geplanten Denkmal ein deutliches Zeichen gegen den rechten Terror setzt. Die Anschläge des NSU haben unvorstellbares Leid über die Opfer gebracht. Sie richteten sich gegen die fundamentalen Werte unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens, für die die SPD mit ihrer Vergangenheit in besonderem Maße steht und die gerade auch in Köln eine ganz besondere Tradition haben: Interkulturalität, Offenheit und eine Kultur des Willkommen heißen. Das Denkmal leistet damit nicht nur einen Beitrag zur Erinnerung an die abscheulichen NSU-Anschläge und dem Gedenken an die Opfer, sondern dient zudem als Mahnmal der Solidarität in Zeiten, in denen Flüchtlinge verstärkt Schutz vor Krieg und Verfolgung bei uns suchen. Dementsprechend hatte der Rat bereits am 11.02.2014 einen Beschluss zum Denkmal gefasst, in dem festgelegt worden ist, dass neben dem Gedenken an die NSU-Anschläge auch an die „gesellschaftlichen Mechanismen von Diskriminierung, Vorurteilen und Rassismus erinnert werden“ soll. Dieser Beschluss hat angesichts der jüngsten Brandanschläge und gewaltsamen Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland nichts an seiner Brisanz verloren.

Mit dem von der SPD initiierten Änderungsantrag ist zudem erreicht worden, dass sich nunmehr ausschließlich demokratische Kräfte in der Besetzung der Jury wiederfinden. Wer den Boden für fremdenfeindliche Ressentiments bestellt, hat in diesem Gremium keinen Platz. Für die SPD werden Michael Frenzel als ordentliches Mitglied und Andreas Pöttgen als stellvertretendes Mitglied in die Jury entsandt.

🔗 <https://ratsinformation.stadt-koeln.de>



Quelle: A. Savin / Wikimedia Commons



KölnSPD setzt sich für Planungssicherheit der freien Träger ein

Bereits zum gestrigen Finanzausschuss hatte die SPD-Ratsfraktion einen Dringlichkeitsantrag gestellt, m. d. B. sicherzustellen, dass „trotz der jetzt entstehenden Verzögerung bei der Haushaltseinbringung Abschlagszahlungen zur Förderung von Projekten von Trägern der Wohlfahrtspflege, der freien Jugendhilfe, der freien Gesundheitspflege und Sozialarbeit, der Bereiche Senioren und Sport, des zweiten Arbeitsmarktes, der freien Kulturarbeit sowie der Bürgerhäuser und Bürgerzentren bis zum Beschluss der Haushaltssatzung 2016/2017 gewährt werden können.“ Die Stadtkämmerin erklärte gestern, dass der Haushalt 2015 als Bemessungsgrundlage für die Abschlagszahlungen herangezogen werden könnte. Da es seitens CDU und Bündnis 90/Grünen und Deine Freunde einen ebenfalls zu dieser Thematik für den Rat gestellten Antrag gab, wurde der Dringlichkeitsantrag zur Entscheidung in den Rat verwiesen.

Die Oberbürgermeisterin hat in der Ratssitzung den von der Stadtkämmerin signalisierten Weg bestätigt. Insofern erübrigte sich damit eine Beschlussfassung über die Anträge durch den Rat. Ein etwas holpriger Weg.

Wichtiger ist uns aber das Ergebnis: Mit den jetzt zugesagten Abschlagszahlungen können die freien Träger planen und ihr bisheriges Angebot aufrechterhalten.

Sonntagsöffnungen für 1. Halbjahr beschlossen

Anlässlich einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes vom 11.11.2015 zu anlassbezogenen Sonntagsöffnungen hat die Verwaltung ihre ursprünglich geplante Vorlage für 2016 überarbeitet.

Gerrit Krupp, ordnungspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion: „Es ist gut, dass die Verwaltung kurzfristig den Kölner Kriterienkatalog für das erste Halbjahr kritisch überarbeitet und damit für Planungssicherheit der Antragsteller gesorgt hat.“

Für das zweite Halbjahr wünschen wir uns eine Überarbeitung im engen Austausch mit der Kölner Allianz für den freien Sonntag, bestehend aus DGB, Kirchen, KAB und Verdi und der Wirtschaft.“



Quelle: Flickr/Erich Ferdinand

Kalkberg: Wie geht es nach der Sicherung der Halde weiter?

„Unser Ziel muss es sein, möglichen Schaden von der Stadt Köln abzuwenden, sowohl in der Sache als auch finanziell“ so Michael Paetzold, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Köln zur Situation am Kalkberg. Daher wurden bereits mit Beschluss vom 10.12.2015 Sofortmaßnahmen zur Stabilisierung der Halde in die Wege geleitet.

Die KölnSPD hatte sich 2005 nur unter großen Vorbehalten für den Kalkberg und die Realisierung einer Hubschrauberbetriebsstation dort ausgesprochen. Der Rat entschied heute mehrheitlich erst nach Vorlage weiterer Informationen die Weichen für das weitere Vorgehen stellen zu können. „Die Sicherung der Halde muss nach wie vor im Mittelpunkt des weiteren Handelns stehen. Währenddessen werden wir in Ruhe und mit höchster Sorgfalt die Entscheidungen zur Zukunft des Berges treffen“, so Paetzold weiter. So fordert die SPD Ratsfraktion weitere Informationen zu den anfallenden Kosten, die für eine Stabilisierung der Halde auf der einen Seite und auf der anderen Seite für die Aufwendungen einer Inbetriebnahme der Betriebsstation anfallen würden.

Darüber hinaus soll es eine erneute gegenüberstellende Bewertung der Alternativstandorte geben, dies unter den heutigen Gesichtspunkten und unter Berücksichtigung der Rettungssituation. Auch die Frage nach den Kosten, sollte der Kalkberg nicht weiter realisierbar sein und zurückgebaut werden müssen, steht im Raum. Auf all diese Fragen benötigt die SPD-Fraktion schlüssige Antworten. Erst dann kann auch eine gute Entscheidung getroffen werden. Klar ist, Köln braucht einen zentralen Standort für den Rettungshubschrauber.

🔗 <https://ratsinformation.stadt-koeln>.



Quelle: Raimond Spekking/Wikimedia Commons



Neuer Politikstil? – Jamaika lehnt überparteiliche Findungskommission gegen die Stimme der OB ab Nachbesetzung der Stelle Beigeordnete bzw. Beigeordneter für Soziales, Integration und Umwelt

Die SPD hat die neue Oberbürgermeisterin und ihre Unterstützer im Wahlkampf beim Wort genommen und einen Vorschlag zur transparenten und einvernehmlichen Personalauswahl bei der Besetzung dieser wichtigen Position in der Verwaltung gemacht. Die Einbeziehung eines Personalberatungsunternehmens ist bei der Besetzung von Beigeordnetenstellen mittlerweile häufige Praxis und ist auch diesmal im Rahmen eines Änderungsantrags mit den Stimmen der SPD beschlossen worden.

Eine solche Besetzung sollte nach dem Transparenzverständnis der Oberbürgermeisterin und der SPD aber auch gemeinsam und in enger Abstimmung mit den demokratischen Fraktionen erfolgen. Ein bereits in der Vergangenheit bewährtes Format hierfür ist die Schaffung einer Auswahlkommission bestehend aus der Oberbürgermeisterin als Vorsitzende und je einem Mitglied der im Hauptausschuss stimmberechtigt vertretenen Fraktionen. Die frühe Einbindung der Ratspolitik hätte nicht nur gewährleistet, dass die neue bzw. der neue Beigeordnete auf eine breite politische Akzeptanz zählen kann, sondern auch eine maßgeschneiderte Personallösung für diesen wichtigen und mit drängenden Problemen belasteter Geschäftskreis ermöglicht.

Bezeichnenderweise hat die Oberbürgermeisterin gemeinsam mit der SPD und Die Linke für diesen Ergänzungsantrag gestimmt, während sich die informelle Jamaika-Koalition nicht dem neuen von der Oberbürgermeisterin angekündigten Politikstil anschließen wollte und gegen den Antrag gestimmt hat. Hier hat offensichtlich noch nicht zusammengefunden, was gerne zusammengehören möchte.